Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatl. 10 ₰, ¼jährl. 80 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Inseratenpreis beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6585.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 286 — Halle a. S., Dienstag den 6. Dezember 1892. — 3. Jahrg.

An die Parteigenossen und Genossinnen in Halle und dem Saalkreis.

Der für nächstes Jahr maßgebende

Kreistag

der sozialdemokratischen Partei für Halle und dem Saalkreis findet

Sonntag den 1. Januar 1893

nachmittags 3 Uhr

in Halle a. S. im oberen Saale des „Kühlen Brunnen", beim Genossen Hofmeister, Nähe des Marktes, statt.

Als Tagesordnung schlage ich Euch vor:

1. Berichterstattung des Vertrauensmannes für Halle und den Saalkreis für das Jahr 1892.
2. „Die wirtschaftliche Lage". Vortrag.
3. Die Presse.
4. Die Agitation.
5. Verschiedenes.

Die Referenten zu den einzelnen Punkten werden später bekannt gegeben.

Parteigenossen und Genossinnen! Es ist Eure Pflicht, als zielbewußte Mitkämpfer dafür zu sorgen, daß möglichst jeder Ort des Saalkreises durch Delegierte vertreten ist. Nähere Bekanntmachung folgt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vertrauensmann für Halle und den Saalkreis.

Alfred Jähnig.

Industrielle Frauenarbeit und Fabrik-Inspektion.

II.

M. Kt. Unter die Fabrikinspektion fallen bekanntlich auch eine Reihe von hausindustriellen Betrieben. Die Vorliebe der Unternehmer für die Hausindustrie ist ja auch ganz erklärlich, besonders in der gegenwärtigen Zeit der Krisen. Da bietet sie besonders große Vorzüge vor der Fabrikindustrie. Der Fabrikant braucht keine oder nur sehr wenige Maschinen, die haben ja seine „Hände", er braucht keine großen Arbeitsräume, keine Beleuchtung, Heizung u. s. w. für dieselben, fast alle Betriebskosten hat er wohlweislich auf die zu Frohndiensten für ihn verurteilten Hausindustriellen abgewälzt. In welchem Umfange dies häufig geschieht, geht aus einer Stelle der „amtlichen Mitteilungen" hervor. Einzelne Fabriken des Württemberger Aufsichtsbezirks beschäftigen in der Hausindustrie eine die Zahl ihrer Fabrikarbeiter weit überragende Menge von Arbeitskräften, darunter namentlich weibliche, so beträgt die Zahl der von einer einzigen Fabrik mit einem regelmäßigen Arbeiterstande von etwa 90 Personen während der Wintermonate in der Hausindustrie Beschäftigten etwa 2000. „Für die betreffende im Schwarzwald gelegene Gegend ist diese Arbeitsgelegenheit im Winter eine große Wohlthat; andererseits läßt sich nicht verkennen, daß durch die meist billigere Hausarbeit die Löhne der Fabrikarbeiterinnen herabgedrückt werden."

Von besonderem Interesse für uns sind die Angaben des Berichtes über die in der Hausindustrie gezahlten Löhne. Für eine Familie von Vater, Mutter und zwei Töchtern beträgt, wie der Fabrikinspektor für den Bezirk Stettin angiebt, der Wochenlohn 15 M. 4 Personen 15 M.! Das ergiebt für die Person einen Wochenlohn von 3.75 M., einen Tagelohn von 62½ Pf. Um zu zeigen, wie leicht es hin und wieder den Arbeiterinnen gemacht wird, es Eugen Richters Spar-Agnes gleich zu thun, führt der Bericht für Stettin an, daß es zwei „sehr fleißige" Arbeiterinnen, die von 5 Uhr früh bis 10 Uhr abends arbeiten und dabei zugleich ihren Haushalt besorgen, gelungen ist, einmal in zwei Tagen bare 10.10 M. zu verdienen. Dergleichen mit besonderer Genugthuung von den Fabrikinspektoren erzählte Beispiele beweisen im Grunde nur von neuem, daß die Lage der Arbeiterinnen im allgemeinen eine jeder Menschenwürde hohnsprechende ist. Bei fünfzehnstündiger Arbeitszeit, wie in diesem Falle angegeben wurde, müssen diese bedauernswerten Wesen, selbst wenn sie gelegentlich einmal die schwindelnd hohe Summe von 10.10 M. in zwei Tagen = 2.52 M. auf den Tag und die Person erarbeiten, in wenigen Jahren physisch zu grunde gehen.

Fünfzig Pfennig täglich wirft das Dütenkleben ab, wenn eine Frau und zwei Kinder von früh bis abends daran schaffen. Nach Umfragen, die der Aschersleben er Aufsichtsbeamte bei zehn Arbeiterinnen gehalten, stellt sich der Verdienst für die Stunde auf 7—8 Pf. Kein Wunder, daß die Arbeiterfamilien, besonders wenn der Mann in der Woche noch seine 15 M. verdient, sich bei einem so glänzenden Verdienst wie die Krösusse geberden und sich den Luxus einer Wohnung von zwei Zimmern für 120 M. jährlich gestatten, wie auf S. 90 des Berichtes zu lesen steht.

Wie nötig es war, daß der § 137 der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 die Arbeitszeit der Frauen in den Fabriken auf 11 Stunden beschränkte, geht aus mehreren Stellen der „amtlichen Mitteilungen" hervor. Mit Ausschluß der Pausen wurden die Frauen vor dem Inkrafttreten jener Verfügung 12, 13 Stunden und länger beschäftigt. Auch das Verbot der Nachtarbeit war, in anbetracht der schreienden Mißstände, welche nach dem Bericht auf diesem Gebiete herrschten, eine dringende Notwendigkeit geworden.

Ueber die Unzulänglichkeit der Pausen ist seitens der Arbeiterinnen an mehreren Orten geklagt worden. Oft fehlen geeignete Verkehrsmittel zwischen dem Arbeitsort und der Wohnung, so daß eine verheiratete Arbeiterin beim besten Willen nicht im stande ist, in 1½ oder, im günstigsten Falle, in 2 Stunden das Geschwindigkeitskunststück fertig zu bringen, nach Hause zu hetzen, das dürftige Mittagessen zu bereiten, nach den Kindern zu sehen und dann wieder nach der Fabrik zurückzueilen. Der Bericht gesteht selbst zu, daß für die etwa vorhandenen Kinder die mit dieser Einrichtung verbundene Ernährungsweise mit großen Nachteilen verknüpft ist, weil dieselben sich während des ganzen Tages mit kalten Speisen abzufinden haben. Wo den Unternehmern die verlängerten Pausen für Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, gar zu lästig werden, da stellen sie einfach solche Arbeiterinnen nicht mehr in den Betrieb, wie es thatsächlich mehrfach vorgekommen ist. In der That ein einfaches, aber wirksames Mittel, um den Ansprüchen der Arbeiterinnen, die in den Augen der Prinzipale natürlich maßlos und ganz „unberechtigt" erscheinen, nach dieser Richtung hin einen gehörigen Dämpfer aufzusetzen.

Eine Trennung der Geschlechter bei der Arbeit ist erst in ungefähr 30 Proz. aller Betriebe mit gemischtem Personal durchgeführt. Da es in den allermeisten Fabriken noch an besonderen Ankleideräumen, oft auch an besonderen Aborten (!) für die Arbeiterinnen fehlt, so kann sich jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse denken, wie arg die Sittlichkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Knauserei der Herren Arbeitgeber gefährdet ist. Niemand könnte sich darüber wundern, wenn Ausschreitungen in sittlicher Hinsicht in solchen Fabriken an der Tagesordnung wären. Wenn solche Fälle innerhalb der Fabrik verhältnismäßig nicht so häufig vorkommen, so liegt dies wohl daran, daß die harte, ermüdende Arbeit so alle Kräfte absorbiert und alle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, daß dafür keine Zeit übrig bleibt. Oft allerdings kommen auch schaudererregende Dinge in Fabriken vor. So berichten die „amtlichen Mitteilungen" auf S. 95 ein krasses Beispiel von der Roheit und Sittenlosigkeit, die durch solche Zustände im Verein mit schlechter Behandlung geradezu provoziert werden. Wieder ist es der Aufsichtsbeamte für das Großherzogtum Baden, der in unserm ersten Aufsatze erwähnte Wörishoffer, der sich nicht scheut, die Verhältnisse so darzustellen, wie sie sind. In seinem Bezirk hat sich bei der Untersuchung der Verhältnisse in einer Lumpensortierungsanstalt, die auf die Anzeige eines Arbeiters wegen der Behandlung seiner Tochter vorgenommen wurde, ergeben, daß die Arbeiterinnen bis zum 14. Jahre herunter von den Aufseherinnen und von dem Geschäftsinhaber bei der unbedeutendsten Veranlassung „mit den rohesten und auf Verletzung des weiblichen Schamgefühls berechneten Schimpfworten belegt wurden. Einen ähnlichen Ton nahmen sich die Arbeiter, offenbar unter der Duldung des Inhabers, heraus, und sie gingen zu Thätlichkeiten über, die außerhalb des Rahmens geschlechtlicher Vertraulichkeiten liegen, und jede Spur von Selbstachtung bei den Arbeiterinnen vernichten müssen. Da die Staatsanwaltschaft auf die Mitteilung dieser Erhebungen erklärte, keinen Grund zum Einschreiten zu haben, so blieb nur übrig, auf Grund des § 120, Abs. 1 der Gewerbeordnung vorzugehen und getrennte Arbeitsräume für die Arbeiterinnen unter 18 Jahren zu verlangen. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die geführten polizeilichen Untersuchungen ein Verhalten auch einzelner Arbeiterinnen untereinander ergab, wie es sich nur auf der untersten Stufe moralischer Verkommenheit zeigt."

Es ist leicht erklärlich, daß es wohl den meisten Arbeiterinnen schwer wird, über derartige Vorkommnisse einem männlichen Fabrikinspektor mit der Offenheit Aufschluß zu geben, die in ihrem eigenen Interesse so sehr zu wünschen wäre.

136] **Am Webstuhl der Zeit.**

Zeitgenössischer Roman in drei Büchern

von A. Otto Walster.

(In neuer vom Verfasser bewirkter Bearbeitung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sehr pikant und hübsch gedrechselt," meinte Lange, „wo haben Sie denn das gelernt, Herr Habicht?"

„In der Schreibstube bei Dr. Raffmaus, wo ich so viel lange Weile hatte, daß ich zu meiner Unterhaltung Epigramme auf das Treiben unserer Advokaten machte."

„Ein sehr ergiebiger Stoff: Sie werden doch damit nicht zurückhalten?"

„Ich werde sie als Anhang zu meinen „Skizzen aus der Schreiberstube" bringen."

„Ach, da fällt mir ein: bringen Sie doch nächstens ein klein wenig verschleiert die Geschichte von dem Testament mit hinein."

„Wenn Sie den Zeitpunkt für günstig erachten?"

„Für äußerst günstig: die Sache muß jetzt zum Austrag gebracht werden. Und da wir nun einmal im Kriege leben, so wollen wir ihn auch mit allen gebotenen Mitteln führen."

„Das ist die Hauptsache," rief Frank; „nur nichts halb thun, wie die süddeutsche Staatengruppe samt ihren verunglückten Verbündeten in Nord- und Mitteldeutschland im Jahre des Unheils 1866; entweder — oder, friß Vogel, oder stirb. Raffmaus wird nicht auf sich warten lassen, mir liegt so etwas in den Gliedern."

* * *

Frank hatte richtig geahnt; im Tiefsten seiner Eitelkeit verletzt, durch die beiden unglücklichen Liebesabenteuer noch besonders verdüstert, sann Raffmaus auf nichts als Rache; Rache gegen die Arbeiter, die ihn verhöhnt und insultiert, Rache aber auch insbesondere gegen die Führer derselben.

So behutsam auch das „Volksblatt" eine Darstellung der Ereignisse jener „Italienischen Nacht" gebracht, reizte sie doch die aufgeregten Nerven des Ministerpräsidenten in einer Weise, daß er ohne alle Veranlassung die betreffende Nummer mit Beschlag belegen ließ und die Beschlagnahme aufrecht erhielt, selbst dann noch, als die Staatsanwaltschaft, so leid es ihr that, eine Verfolgung der Nummer ablehnte. Eine Reise des Monarchen, während welcher die Leitung der Geschäfte dem Gesamtministerium übertragen wurde, gab ihm für die nächste Zeit freieren Spielraum.

„Wir müssen die Zeit benutzen, um gründlich aufzuräumen," erklärte er seinen Kollegen, welche zum größten Teile kaum weniger ergrimmt waren, als er. „Und nun zunächst die Arbeiter aus der Stadt, damit wird den Intriganten ihre Helfershelfer und ihnen die Mittel benehmen, großen Lärm zu schlagen."

Demgemäß erging eine polizeiliche Verordnung, wonach allen nicht in der Stadt heimatberechtigten Arbeitern, welche binnen acht Tagen keine Arbeit finden und nachweisen konnten, aufgegeben wurde, die Stadt zu verlassen. Zwar Dr. Lutz protestierte gegen diese Maßregel als zu hart und ungerecht, da man erst durch die Werkstätten diese Leute herbeigezogen habe, welche jetzt kaum die Mittel besäßen, in die Heimat zurückzureisen; der Ministerpräsident schnaubte ihn aber bei dieser Gelegenheit in einer Weise an, die ihn veranlaßte, zu erklären, daß er unter solchen Umständen sein Amt niederlegen müsse. Raffmaus aber ließ sich dadurch keineswegs abschrecken, sondern verwies der Handelsminister auf die Rückkehr des Monarchen, als den geeigneten Zeitpunkt, um seine Entlassung zu erbitten.

Die Versetzung und Pensionierung von konservativen Beamten wurde inzwischen in immer umfassender Weise betrieben, ein neues konservatives Blatt alsbald unterdrückt, und nun auch das „Volksblatt" rasch hintereinander in den bereits anhängigen Prozessen verurteilt, so daß seine Existenz nur noch nach Tagen zu zählen schien, während außer der liberal gewordenen „Landeszeitung" und der immer kühner heraustretenden „Allgemeinen Zeitung" auch das durch alle möglichen Vergünstigungen gewonnene städtische Blatt im Sinne des Dr. Raffmaus arbeiten mußte.

Das vereinigte Wirken der drei Blätter mißleitete, korrumpierte, ja vergiftete aber die öffentliche Meinung bei dem immer ernster sich gestaltenden Kampfe in einer Weise, daß endlich selbst der ruhigste und gemäßigtste unter den Genossen, Lange, erklärte, es sei eine Schande und Schmach, wenn Arbeiter fernerhin ihre Hilfe einer Presse leisteten, welche den teuersten Rechten und Interessen der Arbeiter so feindselig entgegenwirke. Es erging demnach eine Aufforderung an die betreffenden Druckereien, ihre Thätigkeit für die genannten Preßorgane einzustellen.

So erhielt eines Morgens Wehrhahn die Nachricht, daß die sämtlichen Setzer der „Allgemeinen Zeitung" nicht erschienen seien. Der Buchdruckereibesitzer stürmte in den Setzersaal und überzeugte sich von der Wahrheit der Nachricht, worauf er ohne weiteres Polizei requirierte, um die Säumigen herbeiholen zu lassen, und Setzer aus anderen Abteilungen an Stelle der Abwesenden berief. Aber jene anderen Setzer weigerten sich entschieden, da sie nicht hierzu engagiert seien, und nahmen ihre Kündigung gleichgültig hin. Die Abwesenden aber konnten nicht aufgefunden werden, weil sie über Land gegangen waren; und nun mußten Druckerburschen und einige Treugebliebene ihre Stelle einnehmen, die, übel und böse genug, das Notwendigste herstellten. Den anderen Tag mußten die Deserteure gezwungenerweise ihre Arbeit wieder aufnehmen, nachdem sie samt und sonders gekündigt hatten. Als aber die Zeit der Korrektur gekommen, erwies sich der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218921206-11/fragment/page=0001

Thatsächlich ist auch sonst wenig Vertrauen bei den Arbeiterinnen für die Fabrikinspektoren vorhanden, was sich in der verhältnismäßig kleinen Zahl der bei den Aufsichtsbeamten eingehenden Beschwerden zeigt, während jeder Einsichtige weiß, daß solche Fälle, wie wir sie hier an der Hand der „amtlichen Mitteilungen" angeführt, tausendfach vorkommen. Ist das Vertrauen der Arbeiter zu den Fabrikinspektoren schon nicht groß, so ist es bei den Arbeiterinnen noch weniger vorhanden, schon aus dem vorhin angedeuteten Grunde, daß sie sehr häufig in die Lage kommen, über Beschwerden zu klagen, die nur ihrem Geschlechte eigentümlich sind, und über die sie zu einem Manne garnicht sprechen können. Ganz abgesehen davon, daß er in den allermeisten Fällen für ihre Leiden wenig oder gar kein Verständnis besitzt. Die auf dem Berliner Parteitag gestellte Forderung weiblicher Fabrikinspektoren für alle diejenigen Betriebe, in welchen ausschließlich oder zum größten Teil Frauen beschäftigt werden, ist deshalb von der größten Bedeutung für unsere industriell thätigen Proletarierinnen. Amerika, das uns in so vielen Dingen weit vorausgeeilt ist, besitzt auch seit Jahren seine weiblichen Fabrikinspektoren, die sich allgemeinen Ansehens und Vertrauens unter den Arbeiterinnen erfreuen und denen man sogar nachrühmt, daß sie ihre Berufspflicht treuer und gewissenhafter erfüllen, als die meisten der mit diesem Posten betrauten Männer. Auch bei uns in Deutschland würde die Einstellung weiblicher Fabrikinspektoren für viele tausende von Arbeiterinnen eine Wohlthat bedeuten, selbst wenn sie ebenso abhängig von „Oben" wären, wie ihre männlichen Kollegen. Auch unter diesen giebt es ja „weiße Raben" — wir erinnern nur an den vorerwähnten Oberregierungsrat Wörishoffer — denen es mit ihrem Berufe Ernst ist, und die trotz des Unbehagens und des Stirnrunzelns, das ihre Mitteilungen bei den profitwütigen Unternehmern und nicht zuletzt bei den Vorgesetzten am grünen Tisch hervorrufen, kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es gilt, den berechtigten Klagen der Arbeiter wenigstens vor der Oeffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß deutsche Fabrikinspektorinnen es nicht ihren Kolleginnen im fernen Westen gleich thun sollten und mit der den Frauen eigenen Hingabe an den erwählten Beruf und dem warmen Mitgefühl für ihre leidenden und darbenden proletarischen Schwestern ihre schöne, segenbringende Aufgabe so ausfüllen; wie es die traurige Lage der arbeitenden Frauen verlangt. Viele schwere Mißstände könnten auf diesem Wege beseitigt und die Arbeiterinnen mehr als dies bisher möglich war befähigt werden, an dem Klassenkampf ihrer Brüder im Joche der Arbeit teilzunehmen.

Politische Rundschau.

Dem Reichstage ging eine Denkschrift zu, betreffend die Vorbereitung für eine Beteiligung des Reiches an der Chicagoer Ausstellung. Die Zahl der deutschen Aussteller übertrifft die Erwartungen und beträgt rund 4000, welche in 25 Gruppen zerfallen, deren jede in gemeinsamem Rahmen ausstellt. Für dekorative und bauliche Zwecke wird etwa eine Million zu verwenden sein. Ob der ausgeworfene Gesamtbetrag von drei Millionen ausreichen wird, ist noch nicht zu übersehen.

Zur Stichwahl in Friedeberg-Arnswalde. Wie in Arnswalde, so empfehlen auch in Friedeberg die konservativen Führer ihren Mannen, in der Stichwahl für den „Rektor in Moabit" zu stimmen. Unterzeichnet ist die betreffende Bekanntmachung außer von einem Seminardirektor Bäsecke, einem Seminaroberlehrer Kohlmann und dem Kreissekretär, von dem Landrat, Geh. Regierungsrat Herrn von Bornstedt, der zugleich auch Wahlkommissar ist. In dem gegenwärtig in Berlin vor dem Landgericht zur Verhandlung stehenden Prozeß Ahlwardt, von dem wir unseren Lesern noch in großen Umrissen Mitteilung machen werden, sagte der Vorsitzende u. a.: „Es wird am Ende eine große Anzahl von Personen geben, welche nach Ihrem öffentlichen Auftreten Zweifel an Ihrem Patriotismus, haben wenn sie daran denken, daß Sie die Beamtenschaft, das Militär und alles, was im preußischen Staate Obrigkeit ist, in gröbster und unnatürlichster Weise angreifen." — Die obengenannten Beamten scheinen für diesen der staatlichen Autorität von Ahlwardt erwiesenen Liebesdienst jetzt dankend quittieren zu wollen. Auch daß die Geistlichkeit in Arnswalde-Friedeberg für Stöckers Busenfreund im Hinblick auf die Stichwahl fleißig arbeitet, wird neuerdings wieder durch flagrante Thatsachen erhärtet. Schöne Seelen finden sich!

Zur Wahl in Kaufbeuren hat Dr. Sigl einen Wahlaufruf erlassen, in welchem er seine Kaufbeurer Kandidatur als Protest gegen die Zentrumspolitik im Reiche und in Bayern darstellt. Er habe die Kandidatur angenommen, weil die Zentrumsblätter behaupteten, der Kelheimer Erfolg sei nur in der engeren niederbayrischen Heimat Sigls möglich gewesen.

Die Aussichten Sigls scheinen übrigens durchaus nicht schlecht zu sein, denn in den Reihen der offiziellen Zentrumsmänner im Kreise herrscht die schönste Verwirrung. Der ultramontanen „Köln. Volksztg." wird darüber aus Kaufbeuren berichtet:

„Das Zentrumskomitee hat den Gutsbesitzer Zinth als Kandidaten aufgestellt und entfaltet auch eine rührige und anerkennenswerte Thätigkeit. Anstatt daß man nun einmütig für Herrn Zinth einträte, machen an verschiedenen Orten Gegenströmungen sich bemerkbar. Im Bezirksamte Füssen z. B. will man durchaus Herrn Dr. Lingg wählen. „Immer habe man bisher bei den Wahlen nachgegeben; dieses Mal gingen sie ihren eigenen Weg." In dem größeren katholischen Orte W. berief der Pfarrer eine Versammlung ein und forderte zur Wahl Zinths auf. Was geschah? Es erhob sich ein einflußreicher Mann mit den Worten: der Zinth sei ein Güterschlächter, dem gebe man seine Stimme nicht. Sprachs und verließ die Versammlung — ein Zweiter ihm nach, ein Dritter u. s. w. Nun begann erst recht die geheime und offene Agitation gegen Zinth. Eine zweite Versammlung wurde berufen, um zu einem Einverständnis zu gelangen, und es fanden sich ganze drei Männer ein. Eine solche Zerfahrenheit und ein derartiger Eigensinn könnte das Schlimmste befürchten lassen, besonders wenn noch die Drohung der Einwohner von W. sich verwirklichen und anderweitig nachgeahmt werden sollte: „Eher wählen wir den Sigl als den Zinth."

Wenn die Zentrumsschäflein erst ihrem Herrn Pfarrer die Heerfolge versagen und, wenn er sie aufbieten will, nur drei Mann erscheinen, dann sieht es bedenklich genug um die alte vielgepriesene Unerschütterlichkeit des Zentrums aus.

Nationalliberale Wahrheitsliebe. Der „Hannoversche Courier" bemerkt zu Liebknechts Etatsrede: „Wertvoll aus der langen Rede Liebknechts ist nur das unbedachte Bekenntnis, daß ihm als Lösung der sozialen Frage nur eine große Kaserne vorschwebt, in der jeder zu essen bekommt und gedrillt und erzogen wird. Da haben wir doch endlich mal ein greifbares Bild von dem Aussehen des sozialdemokratischen Zukunftsstaates."

Damit vergleiche man, was Liebknecht in Wirklichkeit gesagt hat: „Die „Nordd. Allg. Ztg.", der die Ehre zu teil geworden ist, auch unter dem neuen Kurse offiziöses Organ zu sein, veröffentlicht einen Brief, in dem ausgeführt wird, daß, je mehr Soldaten ein Volk habe, desto reicher es sei, daß, wenn alle Soldaten plötzlich entlassen würden, die Zahl der Arbeitslosen unendlich gesteigert würde. Daß ein solcher Brief in einem Blatte, das seine Instruktionen von der Regierung erhält, abgedruckt werden kann, begreife ich nicht. Damit haben Sie ja mit einem Male die soziale Frage gelöst; dann bauen Sie nur eine große Kaserne! Dann versorgen Sie ja das Volk; es bekommt zu essen, wird gedrillt und erzogen, allerdings erzogen zu gegenseitigem Massenmord. Das bleibt noch weit zurück hinter barbarischen Völkern und steht tiefer, weil es auf der Basis unserer heutigen Gesittung ruht."

Um dem gefürchteten „Zukunftsstaat" eins versetzen zu können, verdreht und verfälscht das edle nationalliberale Organ die Auslassung Liebknechts in ihr direktes Gegenteil. In seinem Eifer hat der nationalliberale Fälscher aber übersehen, daß sein „unbedachtes Bekenntnis", die Kaserne sei ein solches Schreckensinstitut, daß man damit dem Volk vor dem „Zukunftsstaat" graulich machen könne, dem Militarismus ein recht bedenkliches Zeugnis ausstellt.

Die allgemeine Notlage, so wird aus München geschrieben, wächst mit jedem Tage. Fast alle Geschäfte stocken. Man befürchtet, daß die nun beginnende Weihnachts-Saison noch schlechter ausfallen werde, als die voriges Jahr. Es fehlt eben im Volke die Kaufkraft. — Weshalb man das Volk schleunigst noch mehr belasten will!

Militärskandale in Rußland. Aus Moskau schreibt man: Hier macht augenblicklich ein arger Militärskandal viel von sich reden. Als der kommandierende General der zweiten Grenadier-Division vor einigen Tagen in der Kaserne eine Revision vornahm, bemerkte er, daß die Uniformen der Soldaten nicht mit dem amtlichen Stempel versehen waren. Der General wandte sich an den Regiments-Kommandeur, Obersten Bagerianon, mit der Frage: „Wo ist der Stempel?" und schleuderte ihm gleichzeitig eine der Uniformen ins Gesicht. Der Oberst war wütend darüber, daß er so in Gegenwart seiner Leute von dem General behandelt wurde und schlug denselben mit der Faust ins Gesicht, wobei er ausrief: „Da ist er!" Dem Büreau Reuter zufolge weiß man noch nicht, welche Maßregeln die Militärbehörden in der Sache ergriffen haben.

— Bei der Gewerbegerichtswahl in Wiesbaden errang die Sozialdemokratie in der Klasse der Arbeitervertreter einen glänzenden Sieg. Von 852 wahlberechtigten Arbeitern nahmen 717 an der Wahl teil. Der christliche Arbeiterverein und der katholische Gesellenverein brachten auf ihre gemeinsame Liste nur 134 Stimmen zusammen. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Lehe wurde der von der Arbeiterpartei aufgestellte Kandidat mit bedeutender Mehrheit gewählt.

Mühlhausen, 1. Dezember. Das Reichsgericht hat die Revision des Pfarrers Lang aus Markirch bei Mühlhausen, der wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen durch unwahre Thatsachen, begangen in einem in Paris erschienenen Buche, vom Landgericht Straßburg verurteilt war, verworfen. Das Reichsgericht nimmt gleich dem Landgerichte an, daß jemand, der behaupte, Elsaß-Lothringen gehöre nicht zum Deutschen Reiche, sich einer Verächtlichmachung der Staatseinrichtungen schuldig mache.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 2. Dezember, 12 Uhr.

(Schluß.)

Abg. Bebel (soz.): Auf die Militärvorlage können wir später eingehen. Ich will nur eine Aeußerung des Reichskanzlers widerlegen. Wenn die gegenwärtige Vorlage die Verdyschen Pläne auch beschränkt, so irren sich doch die, welche glauben, daß mit derselben ein Abschluß erreicht ist und daß nicht vielleicht in zwei Jahren eine weitere Vorlage kommt, welche die Verdyschen Pläne ausführt. Daß die Militärvorlage bei der Kelheimer Wahl noch nicht bekannt war, daran ist nicht der Reichstag, sondern nur die Hartnäckigkeit der Regierung schuld, die sie nicht früher bekannt werden ließ. Aber, wenn sie auch bekannt gewesen, so hätte das das gerade Gegenteil von dem erzeugt, was der Reichskanzler meinte. Die beabsichtigte Durchführung der zweijährigen Dienstzeit war bei dieser Wahl längst bekannt. Der Gedanke, daß man nach der Vorlage im Kriege nicht sofort die alten Jahrgänge heranzuziehen brauche, ist nur eine captatio benevolentiae, die nach außen wirken soll, während jeder mit den Verhältnissen Bekannte weiß, daß bei einem heutigen Kriege gleich vom ersten Tage der Mobilmachung die ganze Armee bis auf den letzten Mann in die Waffen treten muß. Glaubt der Reichskanzler, daß jetzt ein Umschlag in der Stimmung des Volkes eingetreten sei, so kann er ja das probieren, wenn die Majorität die Vorlage ablehnt, indem er den Reichstag auflöst. Will der Herr Graf ein Tänzchen wagen? Wir sind bereit anzutreten. Herr Rickert meinte, Liebknecht habe gestern dem Reichskanzler eine Liebeserklärung gemacht Dagegen muß ich Verwahrung einlegen. Liebknecht hat nur gesagt, daß der jetzige Reichskanzler, als er den früheren Reichskanzler Fürsten Bismarck in bezug auf die Emser Depesche in Schutz nahm, sich nobel benommen hat. Im übrigen hat der Reichskanzler in dankenswerter Weise selber bestätigt, daß auch unter dem neuen Kurs in bezug auf unsere Haltung zur Reichsregierung gar keine Aenderung eingetreten ist. Zum zweitenmale hat der Reichskanzler heute erklärt, daß alle Vorlagen mit Rücksicht auf ihre Wirkungen auf die Sozialdemokratie ausgearbeitet würden, d. h. sie sind darauf berechnet, der Sozialdemokratie möglichst Abbruch zu thun. Das ist ja auch bei der Grundverschiedenheit der Prinzipien ganz selbstverständlich. Ich begrüße diese offene Erklärung, denn sie schafft Klarheit. Wenn aber der Reichskanzler durch seine bisherigen Vorlagen die Sozialdemokratie zu schädigen meint, dann irrt er ganz gewaltig. Man hat das Trunksuchtsgesetz nur zurückgestellt, weil man dies mit der Biersteuer nicht vereinigen kann, welche auf die Hebung der Trunksucht spekuliert. Alle diese Gesetze atmen den Geist der Reaktion, überall wird rückwärts revidiert, während der Zeitgeist vorwärts schreitet, so daß das Ende eine Katastrophe sein muß Herr v. Frege hat gestern meine Partei als eine Partei der grünen Jungen bezeichnet. Diese geschmackvolle Aeußerung hat er gegen eine Partei gerichtet, die bei den letzten Wahlen sich als die stärkste Partei im

---

Satz als fast unbrauchbar, da eine Unmasse von Fehlern und Auslassungen denselben ganz verunstalteten.

Neuer Zorn, neue Streitereien und neue Drohungen. Die Polizei verhaftete einige dieser Setzer, die Verwirrung wurde dadurch nur allgemeiner.

Am dritten Tage endlich hatte man durch rechtzeitige Vorkehrungen eine Wiederholung solcher Unordnungen verhindert, die Zeitung war mit dem notdürftigsten Inhalte fehlerfrei fertig gestellt, und ein fulminanter Leitartikel schmetterte die renitenten Arbeiter samt ihren Führern zusammen.

Dieser Artikel sollte nie das Licht des Tages erblicken; denn als der Maschinenmeister die Form einhob, bröckelte der Satz zusammen, und die Nummer konnte garnicht erscheinen.

Der Maschinenmeister wurde sofort entlassen, und er war der einzige unter seinen Kollegen, der nicht in die Intrigue verflochten gewesen; eine unbekannte Hand hatte den Unfall herbeigeführt.

Am vierten Tage war mit der äußersten Energie, unter persönlicher Leitung von Wehrhahn und bei unausgesetzter Anwesenheit der Polizei alles fertig zum Druck, aber das zu bedruckende Papier war dermaßen durchfeuchtet, daß die Lettern es durchstachen und zerfetzten.

Neue und energischere Anstrengungen wurden gemacht, um eine Erneuerung solcher Frevel zu verhüten; aber am fünften Tage fanden alle Setzer ihre Lettern so in den Kästen durcheinandergeworfen, daß an ein ordentliches Setzen garnicht zu denken war. Die Unordnung war so groß, daß zu ihrer Beseitigung der Tag nicht ausreichte, zumal die meisten beständig, wenn auch vorsichtig, jeder Verbesserung entgegen arbeiteten.

So war das Ende der Woche gekommen und mit ihm der Tag, an welchem alle, welche gekündigt hatten, die Werkstätte verließen und in der Genossenschaft Unterkommen fanden, welcher, da auch in den anderen Buchdruckereien ähnliche Störungen vorfielen und alle dringlichen Arbeiten verzögerten, alsbald viele Arbeiten zuflossen, weshalb sie die vom Philosophen angebotenen Räumlichkeiten zur Ausdehnung ihrer Arbeitsräume benutzte.

Inzwischen erschien das von Frank und Habicht verfaßte komische Heldengedicht, in einer auswärtigen Druckerei gedruckt, im Preise zu zwei Groschen und wurde massenhaft gekauft.

Da man, weil die Druckschrift im Auslande hergestellt worden, der Pflicht enthoben war, Exemplare an die Polizei abzugeben und gleich hunderte von beschäftigungslosen Arbeitern mit dem Verkauf betraut hatte, so waren, ehe die Polizei einschreiten konnte, in der Stadt allein binnen 24 Stunden zehntausend Exemplare verkauft, im Lande zweimalhunderttausend, und trotz allem Suchen und Verbieten ging der Verkauf unter der Hand weiter. Habicht und Frank verdienten als Honorar, obwohl sie den Kolporteuren die Hälfte des Erlöses ließen, tausende von Thalern und das Geschäft ging um so besser und schneller, als die begüterten Konservativen Hunderte von Exemplaren für jeden Fall aufkauften.

Raffmaus geriet bei dieser Herausforderung in die äußerste Wut, er ließ die mit dem Verkauf beauftragten Arbeiter, welche allerdings die beim Kolportieren gesetzlich vorgeschriebene polizeiliche Erlaubnis nicht eingeholt hatten, zu Dutzenden arretieren.

Hierin war er im Rechte, aber er begnügte sich nicht mit den gesetzlichen Wegen, sondern er ließ in toller Wut die Genossenschafts-Buchdruckerei schließen, indem er ohne allen Grund behauptete, die Firma der auswärtigen Druckerei sei gefälscht und das Pamphlet in der Druckerei der Genossenschaft gedruckt worden. Umsonst telegraphierte der auswärtige Buchdrucker auf telegraphische Aufforderung der Genossen an das Ministerium, daß seine Firma nicht gefälscht worden. Die Schließung wurde aufrecht erhalten, und gegen zweihundert Buchdrucker und Setzer wurden mit einem Schlage brotlos.

Barth und Hanke begaben sich alsbald zum Ministerpräsidenten, um persönlich die Sache der Genossenschaft zu vertreten, sie wurden aber garnicht vorgelassen. Eine energische Eingabe gegen dieses ungesetzliche Verfahren blieb gänzlich unbeantwortet, und der Druck des „Volksblatts" mußte nach einer kleinen Tochterdruckerei der Genossen, die man in Vorsicht etwaiger außerordentlicher Vorfälle unter der Firma eines stillen Genossen gegründet, übersiedeln.

Frank berief nunmehr zur Besprechung dieser Angelegenheit, wie zur Beschlußfassung über die Abwehr der Maßregelungen, welche der gesamte Arbeiterstand zu erfahren hatte, eine große Arbeiterversammlung zusammen, bei der nur ein Drittel der Zuströmenden Platz finden konnte. Raffmaus beorderte seine Beamteten dorthin und gab ihnen die strengste Anweisung, bei dem geringsten mißliebigen Worte die Versammlung aufzulösen. Solcher Aeußerungen fielen nun freilich in Masse, denn Frank sprach u. a.:

„Sind wir denn die Knechte dieses Ministeriums, daß wir tanzen müssen, wie es pfeift? Sollen wir dahin kommen, daß wir mit jenem preußischen Agordneten sagen können: „Hunde sind wir ja doch einmal, wir müssen als Volk thun, was der beschränkte Verstand einiger Staatskünstler für recht und gut hält, auch wenn wir's nicht für recht und gut halten, sonst werden wir in den Käfig gesperrt? Hunde sind wir ja doch einmal, ich stimme für das Ministerium?" Wollen wir Hunde sein und wedeln, wenn uns ein paar faule Advokaten prügeln?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218921206-11/fragment/page=0002

Deutschen Reich herausgestellt hat. Das Wörtlein wird dem Herrn noch eines Tages an das Bein laufen. Ich hoffe, daß die „grünen Jungen" in solcher Zahl wachsen werden, daß nicht nur Herr v. Frege, sondern noch eine ganze Anzahl seiner Parteigenossen aus dem Reichstag hinausfliegen. Ich könnte mit viel größerem Rechte sagen, die Anhänger seiner Partei sind dumme Kerle, die keinen Begriff von ihrer wahren rechtlichen Stellung haben, die in vollständiger Unwissenheit und Unklarheit im Staatsleben und von jenen Herren als Stimmvieh bei den Wahlen benutzt werden. Herr v. Frege hat gemeint, daß wir bei unserer Thätigkeit ganz außer Augen liefen den Bauern und die Religion. Was die Bauern betrifft, so scheint er die Wahlen vom 20. Februar 1890 vergessen zu haben. Wir haben alle Ursache, mit jenem Resultat mit Bezug auf die Verbreitung unserer Anhänger auf dem Lande vollständig zufrieden zu sein. In einem rein agrarischen Lande, wie Mecklenburg, sind an jenem Tage unsere Genossen in fünf Wahlkreisen in die engere Wahl gekommen. In Aschersleben-Kalbe haben wir sogar einen Ihrer Genossen, Dietze-Barby, hinausgeworfen. Was können Sie dem Wähler versprechen? Seit 14 Jahren haben Sie das Heft in den Händen und trotzdem hat sich die Unzufriedenheit des Handwerkers und kleinen Bauern von Jahr zu Jahr vermehrt. Man ist der Ueberzeugung, daß in dieser Weise die Dinge nicht weiter gehen können, daß sie zum allgemeinen Ruin führen müssen. Immermehr wenden sich die Leute von Ihnen ab. Mit besonderer Vorliebe bringt Herr v. Frege bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Religion vor. Das ist ein Steckenpferd von ihm. Nun, wir wissen ganz genau, daß die Religion bei den herrschenden Klassen ein Ausbeutungs- und Unterdrückungsmittel ist, indem sie dieselbe zur Verdummung des Volks anwenden. Ihre himmlische Dreieinigkeit löst sich auf in eine irdische Dreieinigkeit von Thron, Altar und Geldsack. (Lebhafte Rufe des Unwillens: Pfui!)

Präsident v. Levetzow: Wegen dieser Aeußerung, welche die Gefühle der Reichstags-Mitglieder auf das Tiefste verletzen muß, rufe ich den Redner zur Ordnung.

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich hätte dann gewünscht, daß der Herr Präsident gestern auch Herrn v. Frege zur Ordnung gerufen hätte, als dieser unsere Gefühle verletzte . . .

Präsident v. Levetzow: Ich verbitte mir jede Kritik meiner Amtsführung von Ihnen!

Abg. Bebel (fortfahrend): Eine Erklärung des Abg. v. Frege war mir besonders angenehm. Er erklärte, es sei endlich Zeit, daß man mit der Sozialreform in bezug auf die Arbeiter ein Ende mache, man habe bereits dem Unternehmer zu viel aufgebürdet. Dabei sind es 1½ Jahre her, seitdem das Gesetz über die Sonntagsruhe angenommen ist, und noch hat es das Reichsamt des Innern nicht fertig gebracht, die Bestimmungen in bezug auf die Großindustrie zu veröffentlichen. Welch ein schneckenhaftes Fortschreiten, und wie mühselig ist Ihnen jenes Gesetz abgequält worden, dem Sie nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie zugestimmt haben. Und selbst dies ist Ihnen jetzt schon zu viel. Der Reichskanzler meinte vorhin, sein Grundsatz sei: Bum cuique. Für die Arbeiter ist bis jetzt für das, was ihnen gebührt, sehr wenig herausgekommen. Herr v. Frege und seine Freunde wollen für die neue Militärvorlage natürlich nicht in den Geldbeutel greifen. Er verwahrt sich auf das Entschiedenste dagegen, daß eine Aenderung des gegenwärtigen Branntweinsteuergesetzes eintritt. An dem Geschenk von 40 Millionen wollen die Brenner um jeden Preis festhalten. Herr v. Frege sprach von Arbeitsnot auf dem Lande. Wo bleiben aber die Arbeiter? Warum laufen sie in die Städte? Warum müssen wir zu einem Auswanderungsgesetz greifen, um der Arbeiterflucht einigermaßen Einhalt zu thun? Weil die Lebenshaltung und Bedingungen auf dem Lande so erbärmliche sind. Die Arbeiter würden nicht fortgehen, wenn sie sich auf dem Lande wohl fühlten. Sie gehen deshalb in die Städte und in andere Länder, weil dort der Mensch Mensch sein kann, was er bei Ihnen im Osten nicht ist. Und käme das Auswandergesetz wirklich zu stande, würde es dieser Massenflucht Einhalt thun? Ich gebe zu, daß die Leute sich oft vagen Hoffnungen hingeben und daß sie sich täuschen. Machen Sie aber die Auswanderung unmöglich, dann wird die Unzufriedenheit in hellen Flammen aufschlagen. Sie würden damit der Sozialdemokratie einen großen Gefallen thun, denn wir würden dadurch die unzufriedenen Arbeiter erhalten, welche den Boden bilden, auf dem wir weiter arbeiten können. „Zügellose Freizügigkeit" soll die traurige Lage der Landwirtschaft herbeigeführt haben. Ich bestreite, daß die Grundherren im Osten in einer traurigen Lage sind. Die Art und Weise, wie die Herren leben, läßt keinen Notstand erkennen, noch weniger die Art, wie die Herren Söhne auf den Universitäten die Zeit totschlagen und wie die Offiziere in den Garde- und Kavallerie-Regimentern das Geld der Herren Väter verjubeln. Die Reichsregierung soll nur in immer stärkerer Weise den Herren auf die Beine helfen. Nicht durch das Interesse der Aktiengesellschaften ist die Freizügigkeit hervorgerufen, sondern durch die moderne kapitalistische Entwickelung. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind deren unumgängliche Korrelate, denn der Kapitalist mußte sich, wohin es auch sei, die Kräfte beschaffen, die er ausbeuten wollte. Der Zug der Arbeiter nach dem Westen ist unaufhaltbar, weil die Lebensbedingungen im Westen günstiger sind als im Osten. Die Ueberproduktion ist nur eine Folge der gegenwärtigen großkapitalistischen Produktionsweise. Dagegen giebt es kein Hilfsmittel. Die Perioden des allgemeinen Notstandes werden immer länger, die der Prosperität immer kürzer werden, allmählich werden die Absatzgebiete für die Waren immer enger, die Konkurrenz immer mächtiger werden, und das Ende vom Liede ist der allgemeine Klapperadatsch. (Lachen rechts, allgemeine Heiterkeit.) Wer zuletzt lacht, lacht am besten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Auf Antrag der Abgg. Graf v. Behr, v. Frege, Hammacher, von Huene und Rickert wird ein großer Teil des Etats der Budgetkommission überwiesen.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Erste Beratung des Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes, betr. den Invalidenfonds und erste Beratung der lex Heinze.)

8. Sitzung vom 3. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Frhr. v. Maltzahn.

Es wird zunächst die Denkschrift über die Ausführung des seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetzes durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes betr. den Reichsinvalidenfonds.

Abg. Dr. Osann (natl.): Es ist bedauerlich, daß nicht gleichzeitig mit dem vorliegenden Entwurf auch die Novelle zum Militärpensionsgesetz eingebracht worden ist. Beide Materien stehen insofern in engem Zusammenhange, als der Invalidenfonds die Pensionen der Invaliden sicher stellen soll. Seit Jahren ist bereits Petition um Erhöhung der Pensionen der Invaliden aus dem letzten Kriege an uns gelangt, und der Reichstag hat sich für eine solche ausgesprochen. Wir werden daher dem vorliegenden Entwurf so lange ablehnend gegenüberstehen, bis die Ansprüche der Invaliden auf gesetzliche Regelung der Pensionen siche gestellt sind. Es ist nicht zu billigen, daß die Reichskasse aus einem Fonds verstärkt wird, der zu diesem Zweck absolut nicht bestimmt ist.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn: Die Reichsregierung erkennt die Ansprüche auf Erhöhung der Pensionen der Kriegsinvaliden an. Eine Vorlage auf Abänderung des Militärpensionsgesetzes ist bereits ausgearbeitet und liegt dem Bundesrat schon seit längerer Zeit vor, als dieser Entwurf. Seine Erledigung hat sich nur wegen der in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten verzögert. Das vorliegende Gesetz kann indes trotzdem seine Erledigung finden, denn es nimmt den Invalidenfonds nur insoweit in Anspruch, als es nicht durch die Novelle zum Militärpensionsgesetz geschieht, die Ihnen übrigens noch im Laufe der Session zugehen wird. Die Annahme der Vorlage ist schon im Interesse der Einzelstaaten erwünscht, da sonst deren Mittel zur Verstärkung des Betriebsfonds der Reichskasse heranzugezogen und eventuell die Mittel durch eine Anleihe aufgebracht werden müßten.

Abg. Dr. Hartmann (kons.): Bezüglich der zur Beratung stehenden Vorlage bin ich der Ueberzeugung, daß die Mittel des Invalidenfonds auch mit Entnahme der 67 Millionen genügen wird, um allen berechtigten Ansprüchen, die an ihn herantreten könnten, zu genügen. Den Einzelstaaten die Verstärkung der Betriebsfonds der Reichskasse zuzumuten, wäre jedenfalls unbillig, zumal sie durchgängig selbst in bedrängter Finanzlage sind. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Richter (freis.): Daß wir die Forderung einer Erhöhung der Invalidenpensionen unterstützen, ist selbstverständlich. Dazu bedürfte es eines Invalidenfonds in jetziger Höhe nicht. Gleichwohl sind wir Gegner der Vorlage, weil wir schwere etatsrechtliche Bedenken gegen eine solche Art der Verstärkung des Betriebsfonds der Reichskasse haben. Verfassungsmäßig sind die Mittel zur Deckung der Reichsausgaben, soweit die eigenen Einnahmen des Reiches nicht ausreichen, durch Matrikularbeiträge aufzubringen. Hier wird ein Weg gesucht, um diese Bestimmung und die sogenannte Klausula Frankenstein zu umgehen. Meines Erachtens werden jedoch bei der Reichsbank zu viel Vorbehalte gehalten. Ich würde dem vorgeschlagenen Wege die Ausgabe von Schatzanweisungen jedenfalls vorziehen. Vor allem giebt aber auch diese Vorlage einen Anlaß, auf eine Umgestaltung des Reichsfinanzwesens in dem Sinne zu dringen, daß eine selbständige Stelle zu ihrer Ueberwachung geschaffen wird.

Reichsschatzsekretär Frhr. von Maltzahn: Ich habe gegen die Verweisung an die Kommission nichts einzuwenden, denn ich hoffe, daß sich in derselben die der Vorlage entgegenstehenden Bedenken beseitigen lassen werden. Daß das Gelbewilligungsrecht des Reichstages durch die Vorlage in Frage gestellt werden kann, scheint mir ein ganz ungerechtfertigter Vorwurf. Die Bewilligungen der Mittel bleiben selbstverständlich der verfassungsmäßigen Beschlußfassung des Reichstages vorbehalten, es wird hier nur ein im Moment, bis zum Eingang der zu bewilligenden Matrikularbeiträge zweckmäßig erscheinender Vorschuß zur Verstärkung des Betriebsfonds der Reichskasse gefordert. Die Reichsbank ist zu einer Vorschießung solcher Betriebsmittel in keinem Falle gehalten.

Abg. Frhr. von Stauffenberg (freis.): Ich erkenne an, daß formell das Bewilligungsrecht des Reichstages durch die Annahme der Vorlage nicht beeinträchtigt wird, wohl aber werden die konstitutionellen Garantien für dasselbe erschüttert. Insofern sind aber die Bedenken in dieser Hinsicht doch nicht ganz leicht zu nehmen. Auch die sonstigen Bedenken, daß man den Invalidenfonds nicht angreifen dürfe zu Zwecken, für die er nicht bestimmt ist, sind nicht zu unterschätzen, wenn auch die Befürchtung übertrieben ist, daß der Invalidenfonds dadurch so geschwächt werde, daß er in Zukunft den an ihn herantretenden Anforderungen nicht würde genügen können. Bei dieser Gelegenheit wünschte ich eine größere Berücksichtigung von Unterstützungsgesuchen von Witwen und Waisen der Kriegsinvaliden.

Reichsschatzsekretär Frh. von Maltzahn erwidert, daß er sich keines Falles erinnern könnte, in dem ein von einer Landesbehörde unterstütztes Gesuch abgewiesen worden wäre.

Abg. Richter (freis.) bemerkt, daß der Staatssekretär durch seine Ausführungen die Bedenken seiner Fraktion nicht habe beseitigen können.

Damit erlischt die Diskussion.

Die Vorlage geht an die Budget-Kommission.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes betr. Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs ꝛc. (Lex Heinze).

Abg. v. Holleufer (kons.): Meine Freunde stehen dem Entwurf sympathisch gegenüber. Es muß der Polizei eine größere Gewalt gegeben werden, um her zunehmenden Unzucht zu steuern. Insbesondere begrüßen wir es, daß die Möglichkeit einer Kasernierung der Prostitution dadurch geboten wird, und daß man Strafverschärfungen gegen Zuhälter für zulässig erklärt. Ich beantrage die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Groeber (Zentr.): Der Entwurf, dessen Entstehung auf einen speziellen Fall in Berlin zurückzuführen ist, wo man bei einem Prozeß, in dem anderwärts sicher die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden wäre, letzteres nicht gethan. [Man hat nun Vorschriften gegeben, die zum Teil annehmbar, zum Teil aber unbrauchbar, zu einem weiteren Teil endlich von zweifelhaftem Werte sind. Es ist anzuerkennen, daß für Strafthaten, bei denen eine besondere Roheit zu tage tritt, eine Verschärfung der Strafe Platz greifen kann. Es wird aber der Begriff „besondere Roheit" sich in vielen Fällen schwer feststellen lassen. Und außerdem, wenn man besondere Roheit schärfer bestrafen will, warum dann nicht auch die besondere Bosheit? Außerdem werden sich wohlhabende Leute der Verschärfung ihrer Strafe durch ärztliche Atteste zu entziehen suchen, in denen beschrieben wird: Der Mann kann so etwas nicht vertragen. (Heiterkeit.) Ich halte darum die Vorschriften über Strafverschärfung nicht für durchführbar. Ueberhaupt wäre es besser gewesen, nicht aus Anlaß eines Spezialfalles Bestimmungen zu erlassen, deren Erfolg zweifelhaft ist. (Sehr richtig! links.) Von ebenso zweifelhaftem Wert scheint mir die Gestattung der Kasernierung der Prostitution. Zum mindesten ist dabei das Bedenken gerechtfertigt, ob denn dadurch die Sache nicht schlimmer, die Gefahren nicht größer werden. Ganz und gar unausführbar ist die Bestimmung über den Ausschluß der Oeffentlichkeit, diese könnte sogar leicht das Gegenteil erzielen von dem, was man beabsichtigt. Ich schließe mich dem Antrag auf Verweisung an eine Kommission an, ich halte aber eine solche von 14 Mitgliedern für ausreichend.

Abg. Schneider (Gamm, natlib.): Ich halte eine kriminelle Unterdrückung der Unzucht für unmöglich. Ich halte eine Kasernierung der Prostitution für ein geeignetes Mittel, um die schädlichen Wirkungen der Unzucht zu beschränken. Es giebt Fälle von geradezu bestialischer Roheit, in denen eine Verschärfung der Strafe dahin notwendig ist, daß sie als ein körperlich fühlbares Uebel empfunden wird. Dagegen müßten auf der anderen Seite Erleichterungen eintreten. Man soll die Rechtspflege sichern, indem man die Berufung in Strafsachen einführt und unschuldig Verurteilte entschädigt. Zu weit gehen mir die Bestimmungen des Entwurfs über den Besitz obscöner Schriften und über die Ausstellung von Abbildungen und Bildwerken, die Anstoß erregen könnten.

Abg. Traeger (bfr.): Ich stimme der Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu. In dem Gesetz habe ich zunächst daran Anstoß genommen, daß durch die Bestimmungen über Strafverschärfungen das Arbitrium des Richters eingeschränkt wird; das ist in jedem Fall bedenklich, es entspricht aber im allgemeinen dem Mißtrauen, das man auch sonst heute dem Richterstande entgegenbringt. In der Frage der Kasernierung der Prostitution will ich es dahingestellt sein lassen, ob die in Freiheit dressierte oder die kasernierte Prostitution das geringere Uebel ist. Das ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Das Zuhälterwesen war bis jetzt nach dem Gesetz schwer zu fassen. Die Sache wird aber durch den Entwurf nicht gebessert, denn es wird nach wie vor so schwer sein, zu entscheiden, ob jemand ein Zuhälter ist. Die Entscheidung darüber wird sogar an Stelle des Richters der Polizei überlassen. Geradezu gefährlich sind die Bestimmungen über Drucksachen und Bildwerke. Sie werden geradezu zu einer chikanösen Beschränkung der Preßfreiheit zu verleiten. Schon durch die Aufnahme einer vielleicht ganz harmlos klingenden Anzeige eines unsittlichen Buches, das er garnicht kennt, macht sich der Redakteur strafbar. Man kann auch Inserate für unsittlich erklären, welche besagen, daß ein älterer Herr mit einer jungen Dame Briefwechsel sucht behufs späterer Heirat. (Heiterkeit). Man kann dabei auch noch derartig verfahren, daß man solche Inserate in loyalen Zeitungen für harmlos, in oppositionellen aber für unsittlich erklärt. Durch die Bestimmung über die Ausstellung von Abbildungen und Bildwerken, die Anstoß erregen können, wird der Kunst eine ungebührliche Fessel angelegt. Die Vorschriften über eine Strafverschärfung werden für mich überhaupt erst acceptabel sein, wenn wir ein Strafvollzugsgesetz haben. Man darf auch die Wirkung körperlicher Züchtigung nicht zu sehr überschätzen. Läßt man solche, wie vorgeschlagen, für die ersten 6 Wochen zu und der Strafling hat erst eine längere Strafe zu verbüßen, dann wird der Eindruck der Prügel bei der Entlassung längst vergessen sein. Da sollte man doch lieber in den letzten 6 Wochen die Verschärfungen zulassen. Auch wird in der Belästigung anständiger Damen gerade in Berlin vielfach auch von Herren der besseren Klassen gesündigt, die sich den Verschärfungen zu entziehen wissen werden. Ich fürchte auch, daß diese Verschärfungen nur die Etappe zur allgemeinen Einführung der Prügelstrafe bilden werden. Die Ausschließung der Oeffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen wird auch am härtesten die Presse treffen, sie wird die Kosten zu bezahlen haben, ohne daß dort durch die Bestimmungen etwas Wesentliches erreicht werden wird. (Beifall links.)

Staatssekretär Hanauer: Der Entwurf ist in der Presse, wie alle Gesetzgebungsgesetze, mit großem Mißtrauen aufgenommen worden. Man mag solchen dies Mißtrauen auch nicht ohne Berechtigung entgegenbringen, aber wenn bei bestimmten Gelegenheiten vorhandene Mißstrauen in einer Weise auftreten, daß sie die öffentliche Meinung so beunruhigen, wie es beim Prozeß Heinze geschehen, rechtfertigt sich doch wohl ein Eingreifen der Gesetzgebung. Gegenüber einer besonderen Roheit, wie sie in jenem Prozeß zu tage getreten ist, gegenüber einer so zügellosen Sittenlosigkeit ist da die Strafverschärfung ein nicht nur naheliegendes, sondern auch gerechtfertigtes Straf- und Zuchtmittel. In dem Nichtbestehen eines Strafvollzugsgesetzes kann man einen Hinderungsgrund für die Einführung der Verschärfung doch nicht gut sehen, denn es handelt sich ja hier um eine Abänderung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches. (Die näheren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne vollständig unverständlich.)

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Wir bitten unsere werten Leser, uns von allen wissenswerten Vorfällen lokaler Natur baldmöglichst Mitteilung zu machen, damit wir in den Stand gesetzt werden, dem Leserkreis rechtzeitig davon Kenntnis zu geben. Wir ersuchen die Parteigenossen, sich bei solchen Mitteilungen kurz auf das thatsächlich Vorgefallene zu beschränken und sind gern erbötig, etwa entstehende Kosten zu ersetzen.

Halle, 5. Dezember.

Die Erhebungen der Arbeitslosen-Statistik sind gestern vormittag unter reger Beteiligung der verschiedenen Gewerkschaften erfolgt, doch gelang es nicht ganz, mit den vorhandenen Kräften der Arbeit Herr zu werden, und wird der Rest in den nächsten Tagen seine Erledigung finden, sodaß für nächsten Sonntag die Erhebungen in Giebichenstein und event. Trotha und Kröllwitz in Aussicht genommen werden können. Ueber das Resultat werden wir später nach Bearbeitung des Materials weiteren Bericht erstatten. Erwähnenswert ist jedenfalls, daß sich die Polizeibehörde veranlaßt gefühlt hat, an der Ausgabestelle des bezüglichen Materials, also im unteren Saale des „Kühlen Brunnen" eine nichtangemeldete Versammlung zu vermuten und selbige zu verbieten, sodaß die Ausgabe der Listen in der Gaststube unter der Obhut zweier Polizeibeamten erfolgen mußte. Wenn dieselben an den Bemühungen teilgenommen hätten, so würde das jedenfalls mehr Zweck gehabt haben.

Aus Suhl erhält die „Hallische Zeitung" unterm 1. Dezember folgende Zuschrift:

„Die Arbeitslosigkeit unserer Gewehrarbeiter, welche zum großen Teil seit Ablauf der staatlichen Lieferung ohne Beschäftigung sind, mehrt sich, wie der „Thür. Ztg." geschrieben wird, in betrübender Weise. Während im Vorjahre um diese Zeit keine Holzspalter, überhaupt keine Tagelöhner aufzutreiben waren, ist diesmal nicht genug Arbeit für diese Leute vorhanden. Leider liegt nun auch das Galanteriegeschäft der Waffenbranche darnieder, besonders die Hausarbeit. Viele, welche die „gute Zeit" verpraßt und durchlebt haben, besitzen nicht einmal einen Spar- und Notgroschen zum Angreifen; diejenigen, welche in der Zeit sparten, müssen die Ersparnisse angreifen, aufgehren. Gegen 700 Steuerzahler sollen auf dem hiesigen Rathause erklärt haben, die Staatsabgaben nicht mehr aufbringen zu können, abgesehen von den zahlreichen Gesuchen um Herabsetzung des Steuersatzes vom Vorjahre."

Das ist ein Bild, wie es die privatkapitalistische Produktionsweise jederzeit aufzuweisen vermag, welches aber dadurch noch eine größere Bedeutung erhält, daß es durch die direkte Einwirkung des Militarismus entstanden ist. Während einerseits die Steuergroschen mit allen erdenklichen Mitteln zusammengetrieben werden, trägt die Art der bezüglichen Beschäftigung dazu bei, jene Bevölkerung allen möglichen Wechselfällen zu überantworten. Die Ausfälle gegen die Arbeiter, die in der Notiz enthalten sind, werden diese zu würdigen wissen. Von denen, die immer gute Zeit und aus dem Verprassen nicht herauskommen, kann man natürlich nicht erwarten, daß sie auch begreifen, wie die Arbeiter nach Zeiten, in denen Schmalhans Küchenmeister war, das Bedürfnis empfinden müssen, an den Genüssen des Lebens teilzunehmen. Daß dieses Bedürfnis unter Umständen ausartet, dafür sind nicht die Arbeiter verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, welche den jetzigen unvernünftigen gesellschaftlichen Zuständen das Wort reden, und dazu gehören alle bürgerlichen Parteien. Wirkliche Besserung auf diesem Gebiet wird nicht durch unfruchtbare Lamentationen, sondern nur dadurch erzielt werden, daß die Produktion in ein vernünftiges Verhältnis zur Konsumtion gebracht wird, wie dies seitens der Sozialdemokratie erstrebt wird.

Die Hirsch-Dunckerschen hatten für gestern nachmittag in die „Kaisersäle" (großer Saal) eine öffentliche Versammlung einberufen, die auch sehr gut besucht war — allerdings von Sozialdemokraten, während die im Aussterben begriffene Spezies der Harmoniemänner eine kümmerliche Minorität bildete. Die Versammlung kam aber nicht über die Einleitung hinaus; denn als die Leiter des hiesigen Orts-Verbandes (H.-D.) ganz unverfroren der Versammlung ein Büreau aufoktroyieren wollten, wurde seitens unserer Parteigenossen ganz energisch, sowohl durch Zurufe, wie auch in einer Geschäftsordnungsdebatte, zu der die Einberufer anfangs nicht einmal das Wort erteilen wollten, dagegen protestiert, und die süßen Worte des Herrn Klingebeil, wie die Ueberredungskunst des in Aussicht genommenen Referenten Herrn Redakteur Goldschmidt aus Berlin vermochten nicht, den Jüngern des Dr. Max Hirsch die erwünschte Vormundschaft über die Versammlung in die Hände zu spielen. Nachdem eine viertelstündige Vertagung vorüber war, wurden dieselben Manöver mit gleichem Erfolge versucht, so daß nach längerem vergeblichen Bemühen der Vorsitzende resigniert die Versammlung schloß, wodurch sich die ganze Geschichte auflöste, zum Leidwesen für die den Trabanten des Kapitals wohlgesinnten „Deutschfreisinnigen", die zur Ueberwachung des Rummels herbeigeeilt waren. Hoffentlich haben die Leutchen, die der politischen Entwicklung unserer Zeit nicht recht nachkommen können, in dem „gemütlichen Beisammensein", welches schleunigst im kleinen Saal arrangiert wurde, Trost gefunden für das Fiasko, welches sie lediglich dem Eigensinn ihrer Leiter zu verdanken haben und welches auch durch das Erbeteln eines „stärkeren polizeilichen Schutzes" nicht verhindert wurde.

Sterbefälle in Halle vom 27. November bis 3. Dezember. Es starben an: Lungenschwindsucht 3, Verblutung nach der Geburt 1, Lungenentzündung 2, Stichverletzung des Darms, Bauchfellentzündung 1, Lungenembolie 2, Keuchhusten 2, Leber- und Herzleiden 1, Gehirntumor 1, Krämpfe 3, Diphtherie 1, Halswirbeltuberkulose 1, Typhus 1, Schlaganfall 2, Nierenentzündung 1, eitrige Bauchfellentzündung 1, Menin-

Aus meinem grossen
Weihnachts-Ausverkauf
empfehle ich
Einen Posten
einzelne weissleinene und buntleinene Taschentücher,
nur beste Qualitäten, **weit unter Preis.**
J. Lewin
Halle, Saale, Markt 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218921206-11/fragment/page=0003

Normal-Unterkleider für Damen, Herren und Kinder. Flanell- und Barchent-Hemden, Jagdwesten, Unterbeinkleider etc.

Große Auswahl. Verkauf wie bekannt zu allerbilligsten festen Preisen.

Brummer & Benjamin
23 gr. Ulrichstr. 23, part. und I. Etage.

gitis tuberkulosa 1, tuberkul. Gehirnhautentzündung 1, Gehirnentzündung 2, Kehlkopfkroup 1, Magenkrebs 1, Altersschwäche 2, Altersverblödung 1, Altersschwäche und Herzfehler 1, Hirnhautentzündung 1, Bauchfellentzündung 1, Luftröhrenentzündung 1, akuter Miliartuberkulose 1, Herzlähmung 1, Herzschwäche und Lungenödem 2, Herzschlag 1, Lungenlähmung 2, Herzlähmung bei Altersschwäche 1, in Summa 44 Personen. — Darunter befinden sich 5 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

Von einer Leiter gestürzt ist am Sonnabend vormittag Genosse Karl Becker in Giebichenstein, wodurch sich derselbe infolge Aufschlagens auf eine Kiste, welche er unter dem Arm trug, zwei Rippenbrüche zuzog. Dem so zu Schaden Gekommenen wurde in seiner Wohnung ärztliche Hilfe zu teil.

Lützen. Die Nachricht von hier in voriger Nummer d. Bl. ist dahin zu ergänzen, daß die Ermordete die etwa 18 Jahre alte Tochter des Landbriefträgers Rothe aus Lützen ist, und als Thäter sich der 19jährige Tischlergeselle Bernhard Lieder von dort am Sonnabend morgen in Halle auf der Polizeiwache am Bahnhof gestellt hat. In der Nähe des Thatortes wurde ein mit Blut befleckter Hammer gefunden. Nach der That hat der Genannte das Mädchen, das nach ärztlichem Befund noch Leben hatte und später erst infolge des Qualmes erstickt ist, noch 300 Schritte weit auf den Diemen geschleppt, in der Eile aber dasselbe dort nicht ganz mit Stroh überdeckt, so daß infolge des herrschenden Windes, welcher die Flammen nach der entgegengesetzten Seite trieb, der untere Teil des Körpers von den Flammen nicht erreicht wurde. An jenem Abend ist von einem Bewohner der Ellerbacherstraße ein Hilferuf gehört, aber nicht weiter beachtet worden. Bald nachher ist der Diemen in Flammen aufgegangen und Lieders auch noch in der Nähe desselben bemerkt worden, bis derselbe sich nach Korbetha begeben und von dort nach Halle gefahren ist. Beide junge Leute werden als ordentlich geschildert, doch soll bei L. zeitweise eine gewisse Ueberspanntheit bemerkbar gewesen sein. Es ist der einzige Sohn eines Tischlermeisters, der allerdings, wie auch seine Frau das Verhältnis der beiden zu einander nicht gern gesehen haben soll.

— Ein gestern hier eingelieferter Sträfling, welcher in Prettin entwichen war, hat sich im hiesigen Amtsgerichtsgefängnisse in seiner Zelle erhängt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 3. Dezember.

Aufgeboten: Der Tischler Traugott Unger und Anna Eichholz gen. Wehnert (Brunoswarte 1 b und Nietleben). Der Tischler Eduard Schreiber und Henriette Hermann (große Wallstraße 1a und Wuchererstraße 46). Der Handarbeiter Emanuel Pohla und Martha Augustin (Zapfenstraße 13). Der Handarbeiter Karl Plötz und Luise Derpsch (Ludwigstraße 6a und Weingärten 13). Der Handarbeiter Friedrich Schanze und Karoline Haack (kleine Ulrichstraße 4 und Domplatz 6). Der Braumeister Karl Luther und Ida Gräfe (Halle und Wiehe)

Eheschließungen: Der Handarbeiter Sebastian Fichert und Auguste Stein (Bitterfeld und Thorstraße 14 o). Der Kaufmann Robert Scharf und Anna Meinecke (großer Sandberg 14 und kleine Brauhausgasse 26). Der Fabrikant Theodor Ludwig und Anna Boerl (Chemnitz und Wettinerstraße 30). Der Former Adolf Pfeiffer und Anna Enterlein (Langestraße 30 und Yorkstraße 2). Der Schriftsetzer Karl Lowitzsch und Anna Kreuzberg (Leipzig und Karlstraße 23.) Der Bahnarbeiter August Lehmann und Juliane Kreuz (Kapellengasse 8). Der Pfefferküchler Joseph Beckisch und Margarethe Leirich (kleine Sandberg 15). Der Zimmermann Friedrich Kochendörfer und Klara Wiegand (Saalberg und Moritzzwinger 7). Der Lehrer Max Lehmann und Bertha Hammer (Thorstraße 41 und Steinweg 14).

Geboren: Dem Gefangenen-Aufseher Wilhelm Heyde eine T., Emilie Martha Ida Frieda (Poststraße 14). Dem Schlosser Reinhold Gneist eine T., Karola Franziska Frieda (Mühlweg 28). Dem Werkmeister Karl Müller eine T., Marie Bertha (kleine Ulrichstraße 6). Dem Kaufmann Albrecht Gottschalk eine T., Libby Erna (Albrechtstraße 36). Dem Hilfsbremser Otto Dieling eine T., Anna Margarethe Martha (Streiberstraße 25). Dem Schuhmacher Karl Baumann ein S., Wilhelm Otto (Alter Markt 4). Dem Lokomotivheizer Hermann Hanson ein S., Paul Arno (Schillerstraße 23b). Dem Maurer Hermann Runge eine T, Wilhelmine Auguste Erdmuthe (Meckelstraße 17). Dem Liniierer Karl Halle eine T., Bertha Elsa (Bockshörner 9). Dem Arbeiter Karl Frühauf ein S., Paul Walther Karl (Entbindungs-Institut)

Gestorben: Ida Koch, 14 J. (Klinik). Der Rentner Wilhelm Heinrichs, 74 J. (Berlinerstraße 6). Des Lokomotivführer Wilhelm Lobel T. Gertrud, 6 T. (Friesenstraße 18). Der Privatmann Christian Weniger, 77 J. (alte Promenade 12). Des Bergmann Franz Kaul S. Franz, 10 Mon. (Klinik). Des Privatmann Wilhelm Koelbel Ehefrau Karoline geb. Heinemann, 64 J. (Magdeburgerstraße 31 a).

Trotha, vom 26. Nov. bis 2. Dez.

Geboren: Dem Maurer Hermann Schunke ein S., Hermann. Dem Arbeiter Karl Krämer ein S., Karl. Dem Schlosser Otto Geisel eine T., Ida. Dem Drechsler Gustav Nagel eine T., Anna. Dem Weichensteller Friedrich Reintsch ein S., Otto. Dem Kernmacher Franz Bock eine T., Bertha. Dem Arbeiter Wilhelm Bahn ein S., Paul.

Für die Redaktion verantwortlich:
für den politischen Teil, Feuilleton u. s. w. **Richard Jlge** in Halle,
für den lokalen Teil: **Karl Krüger** in Halle.

Normalhemden, großes Herrenhemd 85 Pf.
Beinkleider, Strümpfe.
Ph. Liebenthal & Co.
Untere Leipzigerstrasse 103.

Oeffentliche Versammlung
der Ortskranken- und Sterbekasse der Tischler ꝛc.
Sonnabend den 10. Dezember abends 8 Uhr in Herrmanns Restaurant, Merseburger- und Königstraßen-Ecke.
Tagesordnung: 1. Wahl der Vertreter der Ortskranken- und Sterbekasse der Tischler zur Generalversammlung. — 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gastwirte und Restaurateure.
Mittwoch den 7. November nachmittags Punkt 3 Uhr in Faulmanns Restaur., Gartengasse 10
Versammlung.
Gäste sind willkommen.

Die deutschen Reichsgesetze
herausgegeben vom
Sächsischen Verlagshaus Hainichen
ist die einzige billige und vollständige bis inkl. der in der letzten Reichstagssession angenommenen Gesetze ergänzte Ausgabe.
Hochelegant gebunden in 3 Bänden à Band 3.50 M., zusammen 10 M., oder in 69 Lieferungen à 10 Pf.
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung,
Halle a. S., gr. Ulrichstraße 17 (Eingang Bölbergasse).

Zum Backen
vorzüglichste feinste
Butter.
F. H. Krause, gr. Ulrichstr. 24.

500 Stück
kräftige Flanell- und Kleider-Lamas
verkaufe, um damit zu räumen, zum Selbstkostenpreis.
M. Wehr, Leipzigerstraße 79.

G. Pauly, Halle a. S.
Thüringerstraße 3
liefert
Briketts, Naßpreßsteine etc.
zu den billigsten Preisen frei Gelaß.
Streng reelle und prompte Bedienung.

Kaffees
vorzüglich im Geschmack zum Preise von 1.50, 1.60, 1.80, 1.90 u. 2 M p. Pfd.,
Malzkaffee (gebrannter Weizen) per Pfd 30 ₰,
gebranntes Korn per Pfd. 25 ₰ empfiehlt
W. Dudenbostel, Laurentius- und Breitestraßen-Ecke.

Holzschuh- und Holzpantoffel-Fabrik D. Gründler, Fleischergasse 42,
en gros. Lager und Verkauf en detail gut und dauerhaft gearbeiteter **Holzschuhe, Holz-, Filz-, Plüsch- u. Kordpantoffeln** zu den billigsten Fabrikpreisen.
Markttags auf dem Wochenmarkt.

Fußdecken
in verschiedenen **Pelzfellarten** von 2.50 M. an empfehlen in großer Auswahl
Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2.

Gelegenheitskauf.
Sophas, Matratzen, Bettstellen, Kaufeusen, Divans ꝛc. zu jedem annehmbaren Preise zu verkaufen.
M. Seydewitz, Tapezierer, Wilhelmstraße 21.
Vom 15. Dezember befindet sich mein Geschäft **gr. Ulrichstr. 22a, 1 Tr.**

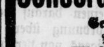
Bücklinge und Bratheringe
empf. **W. Voigtländer,** Wuchererstr. 17.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Montag den 5. Dezember.
79. Vorst. — 66. Ab.-Vorst. — Farbe: rot.
Mignon.
Komische Oper in 3 Akten mit Ballet. Unter Benutzung von Göthes Roman „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ von Michel Carré und Jules Barbier. Deutsch von Ferd. Gumbert. Musik von A. Thomas.

Dienstag den 6. Dezember.
80. Vorst. — 67. Ab.-Vorst. — Farbe blau.
Anfang 7 Uhr. — Ende nach 10½ Uhr.
Zum 1. Male:
Egmont.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. v. Goethe.
Musik von Ludwig von Beethoven.
Personen:
Margarethe v. Parma, Tochter Karls d. Fünften, Regentin der Niederlande . . . de la Chapelle.
Graf Egmont, Prinz v. Gaure Ferd Rinald.
Wilhelm von Oranien . . H. Schreiner.
Herzog von Alba . . Schmidt-Häßler
Ferdinand, sein natürlicher Sohn . . . Kurt Vogel.
Machiavell, im Dienste der Regentin . . . A. Schumacher.
Richard, Egmonts Geheimschreiber . . . Wilhelm Wirk.
Silva } unter Alba dienend { Peter Weiß.
Gomez } { Joh. Kaula.
Klärchen, Egmonts Geliebte Rinald-Pauli
Ihre Mutter . . . E. Friedau-Jeß
Brackenburg, ein Bürgerssohn Ewald Bach.
Soest, Krämer } Bürger { C. Markgraf.
Jetter, Schneider } von { Edmund Doß.
Zimmermann } Brüssel { M. Rohrmann.
Seifensieder, Bürger v. Brüssel Gottfr. Greger.
Buyck, Soldat unter Egmont Rich. Ebert.
Ruysum, Invalide und taub Heinrich Behr.
Vansen, ein Schreiber . Carl Friedau.
Volk, Gefolge, Wachen ꝛc.
Der Schauplatz ist in Brüssel.
Nach dem 2. und 4. Akte finden Pausen statt.
Zu dieser Vorstellung haben Schülerbillets Gültigkeit.

Mittwoch den 7. Dezember.
81. Vorst. — 14 Vorst. außer Abonnement
Sizilianische Bauernehre.
(Cavalleria Rusticana.)
Oper in 1 Aufzug. Dem gleichnamigen Volksstück von G. Verga entnommen von G. Targioni-Tozetti und G. Menaci. Nach der deutschen Bearbeitung von Oskar Berggruen. Musik von Pietro Mascagni.
Hierauf:
Die Großstadtluft.
Schwank in 4 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Concordia-Theater
Geiststraße.
Montag
Hinko.
Dienstag
Verfluchte Kerls.


Morgen Dienstag
Schlachtefest.
Albert Streuber, Thomasiusstr. 36.

Edelings Restaurant
21 Zwingerstraße 21.
Heute Dienstag
großes Schlachtefest.
Früh 9 Uhr **Wellfleisch,** abends **diverse Wurst und Suppe.**

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
Die Geschw. **Moulier,** Luftgymnastikerinnen. — **Mr. James,** Rollschuhläufer und Balanceur. — **Elsa und Käthchen,** die kleinen Bravourturnerinnen am dreifachen Reck. — **Moras** und **Miß Aida,** musikalische Fantasten. — **Ling-Loo-Souchong,** die exzentrischen Chinesen. — **Brothers Ethairien,** englische Burlesk-Clowns mit ihrem Wunderpudel. — **Frl. Ella Lieder,** Kostüm-Soubrette und Liedersängerin. — Herr **Heinrich Kalnberg,** Gesangshumorist.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Heute Dienstag
Schlachtefest.
H. Engelhardt,
Dryander- und Südstraßen-Ecke.

Nord-Tunnel.
Leipzigerstraße 55.
Dienstag
groß. Schlachtefest.
Für angenehme Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Ein gr. Posten Anzüge, Jacketts, Röcke, echt englische Lederhosen,
Winterüberzieher
von 5 Mark an verkauft, um damit zu räumen
Friedrich Peileke,
Geiststraße 29.

Rossfleisch!
ganz vorzügliche Ware nur bei
Aug. Thurm, Reilstr. 10.

Kartoffeln.
Großer Vorrat nur guter Sorten von den mehligsten bis zu Salatkartoffeln, zum Winterbedarf nur zu empfehlen, auch in ½ und ¼ Ztr. zum billigsten Preise. Bestellungen werden reell und schnell ausgeführt von
Oskar Heller, Steinweg 33.

Alwin Götze
Sattler und Tapezierer
grosse Klausstrasse 5.
Lager aller Lederwaren, **Reisekoffer** und **-Taschen, Portemonnaies, Zigarren-Etuis, Hosenträger,** Lederschürzen für Knaben u. Mädchen, **Bücherträger, Bücherriemen** selbstgf. **Schultornister** u. **-Taschen** in größter Auswahl und zu jedem Preise.
Stickereien werd. sauber garniert.
(Bude mit Firma auf dem Weihnachtsmarkt.)

Christbaumkonfekt,
reizende Neuheiten **nur** genießbare Ware,
1 Kiste, Inhalt ca. 430 Stücke, 2 50 Mk.
1 Kiste, Inhalt ca. 270 **große** Stücke, 3 Mk.
incl. Verpackung versendet gegen Nachnahme
Berlin. **Siegfried Brück,** Barnimstr. 4.

E. Fischer
Martinsberg 14
empfiehlt als schönstes und passendes
Weihnachts-Geschenk
für Hausfrauen, Töchter und Bräute
Singer A. Nähmaschine
45 Mark,
hocharmige Singer-Maschine
48 Mark,
Ringschiffchen-Nähmaschine
80 Mark.
Kinder-Nähmaschine
2.90 und 8 Mark,
ferner halte Lager von **Handmaschinen, Wheler, Wilson, Nova, Vibrating Shuttles, Medium** (für Schneider), **Zylinder-Elastik-Maschine** (f. Schumacher).
Da ich nicht reisen lasse, mithin meinen Kunden die teuren Spesen zu gute kommen, außerdem meine Cassa-Bezüge aus den ersten **deutschen Fabriken,** machen mir es möglich, meine Maschinen zu oben angeführten billigen Preisen abzugeben und übernehme jede Garantie für besten Gang.
Waschmaschine „Hansa“ 36 Mark,
Wäscherollen aus Eisen 39 und 4.50 „
Fleischhackmaschine von 4.90 **Mk.** an.
Wringmaschinen von 13.50 **Mk.** an.
Wirtschaftswagen von 2.80 **Mk** an.
Mandelreiber 1, 1.50, 2.00 **Mk.**
Schraubenschlittschuhe
5 Pfennig
billiger als die Konkurrenz, **Paar 55 Pf.**
Halifax. Paar 1.40 **Pf.**
Club, Paar 1.90 **Pf**
in allen Größen wieder vorrätig.
Visitenkarten
100 Stück von 50 Pf. an bis zu den elegantesten.

Pat.-H-Stollen
Stets scharf!
Kronentritt unmöglich.
Das einzig Praktische für glatte Fahrbahnen.
Preislisten und Zeugnisse gratis u. franco.
Leonhardt & Co.
Berlin, Schiffbauerdamm 3.

Reparaturen an Uhren
aller Art billigst
M. Lindner, Augustastraße 1.

Wegzugsh. 1 Sopha, 1 Ottomane (Schlafsopha), 2 Bettst. m. Matr. sof. spottb. Lindenstr. 16 p.

1 Rem.-Uhr mit Kette, 1 gold. Trauring billig zu haben Herzfeld, Lindenstraße 1e.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit heutigem Tage eröffne
Saalberg 2
ein **Viktualien- u. Flaschenbiergeschäft.**
Bitte um geneigten Zuspruch
J. Ebersbach.

Kleine Dampfmaschinen m. Spiritus und Kohle zu heizen verk. Ludwigstraße 10.
Reparaturen billigst.

Großes Brot und Frühstück empfiehlt Bäckerei Ludwigstraße 10.

Harzbäcker werden angenommen.
Bäckerei Ludwigstraße 10.

Wohnung für 36 Thlr. zu Neujahr beziehbar Hirtengasse 7.

Anständige Schlafstelle offen.
Rannischestraße 4, 2 Tr.

Stube und Kammer für 40 Thlr. zu vermieten. 5. Vereinsstraße 7.

Winter-Paletots in größter Auswahl
von 12 bis 45 Mark empfiehlt
Moritz Cahn
grosse Ulrichstrasse 4.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218921206-11/fragment/page=0004